



LandLebensWert!

IMPULSPAPIER: BAUSTEINE FÜR EINE NEUE POLITIK FÜR LÄNDLICHE RÄUME

Wie muss eine neue Politik für ländliche Räume in Niedersachsen aussehen? Mit dieser Frage hat sich eine Arbeitsgruppe der SPD-Bezirke Hannover und Nord-Niedersachsen auseinandergesetzt und dieses Impulspapier vorgelegt. Die darin getroffenen Analysen und Vorschläge sind eine Einladung zur Diskussion und zum Mitgestalten – gemeinsam soll so unter dem Motto „Stadt und Land – Hand in Hand“ ein Aktionsprogramm für Niedersachsen entstehen.

1. POLITIK FÜR LÄNDLICHE RÄUME IST POLITIK FÜR DIE MEHRHEIT DER BEVÖLKERUNG

Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland unserer Republik. Und in der Fläche lebt die große Mehrheit unserer Bevölkerung: Rund 5,2 der 7,8 Millionen und damit zwei Drittel der Niedersachsen wohnen in ländlichen Räumen. Wer gerechte, mithin sozial und ökonomisch ausgewogene Landespolitik gestalten will, muss ein politisches Angebot für die Mehrheit der Bevölkerung machen. Politik für ländliche Räume ist dabei nicht etwa die bloße Verlängerung von Landwirtschafts- bzw. Agrarpolitik, sondern handfeste regionale Strukturpolitik für den Großteil der Menschen unseres Landes.

Im vergangenen Jahrzehnt waren die Menschen im ländlichen Raum in Niedersachsen mit schwarz-gelber Politik konfrontiert, die letztlich dazu geführt hat, dass die Schere zwischen mehr und weniger prosperierenden Regionen unseres Landes weiter auseinandergegangen ist: CDU und FDP sind seinerzeit angetreten, den ländlichen Raum stärken zu wollen – tatsächlich war die Strukturpolitik in den letzten zehn Jahren ein Etikettenschwindel. Ländliche Räume spielten allenfalls rhetorisch eine Rolle,

politisch-praktisch fanden nachhaltige Zukunftsinvestitionen kaum in diesen Regionen statt.

Dieser Befund lässt sich insbesondere mit Blick auf die Förderpolitik der abgewählten Landesregierung von CDU/FDP festmachen: Starke Regionen, die über genügend Eigenkapital verfügen, wurden nachhaltig gefördert, während strukturschwache Regionen keine Chance auf Fördermittel hatten. Dies zeigt sich besonders im Süden und Osten unseres Landes. Mit der Landtagswahl 2013 haben wir in Niedersachsen das Mandat der Bevölkerung erhalten, in Regierungsverantwortung die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Genau diese Verantwortung nehmen wir wahr: Die Fehlentwicklung der Vergangenheit zu korrigieren und nachhaltig in die Zukunft zu investieren.

Entscheidend für die SPD als Volkspartei ist, dass sie sich als Partei der Regionen in Niedersachsen versteht. Der Fokus muss dabei auf Integration und Balance von städtischen und ländlichen Räumen als vernetzte Regionen liegen. Einfach gesagt: Es geht darum, die Idee von „Stadt und Land – Hand in Hand“ politisch zu organisieren. Nur so kann die Sozialdemokratie politisch effektiv wirken – und dabei auch selbst erfolgreich sein.

2. STADT UND LAND – HAND IN HAND: POLITIK FÜR EIN GEEINTES LAND MACHEN.

Wir erleben Niedersachsen als ein Land mit zwei Gesichtern: Zum einen beobachten wir erheblich prosperierende Regionen, die in mehrerlei Hinsicht wachsen – vor allem wirtschaftlich und demografisch. Festzustellen ist, dass diese Positiv- wie Negativentwicklung städtische und ländliche Räume gleichermaßen betreffen kann. Während beispielsweise ländlich geprägte Regionen entlang der A1 im Westen Niedersachsens demografisch wachsen, verliert z.B. eine große Stadt wie Hildesheim künftig Einwohner. Entscheidend ist, dass Städte und deren Umland nicht als getrennte Einheiten, sondern als integrierte Regionen verstanden werden. Nur wenn der ländliche Raum so eng wie möglich an den urbanen angebunden ist, fällt es leichter, Ressourcen in beiden Bereichen zu stärken. Zentral ist dabei vor allem der Faktor Mobilität.

Die unterschiedliche demografische Entwicklung der Regionen in Niedersachsen hat ganz direkte Folgen beim Faktor Zukunftsfähigkeit: So vergrößert sich in wachsenden Regionen der Spielraum für Zukunftsinvestitionen, z.B. bei einer Vielzahl von kommunalen Angeboten wie Bildung, Daseinsvorsorge und vielem mehr. Und zum anderen drohen großflächige Regionen in Niedersachsen mehr und mehr abgehängt zu werden. Bedingt durch ökonomischen Stillstand oder gar Rückschritt wird die demografische Negativentwicklung noch verstärkt. Deshalb sinkt die regionale und lokale Handlungsfähigkeit. Zudem gehen essentielle Angebote bei Schulen, Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, Personennahverkehr, Freizeit- und Kultureinrichtungen verloren.

Niedersachsen droht in zwei Teile zu zerfallen: Einen um wenige Zentren und wichtige Verkehrsinfrastruktur gruppierter Teil, der prosperiert – und einen Teil, der stetig verliert. Unser politischer Anspruch als SPD muss es sein, dieses Auseinanderklaffen zu korrigieren. Für uns gehören Zentren und die sie umgebenden ländlichen Räume zusammen – ökonomisch, politisch und in ih-

rer Wertigkeit ohnehin. Wir müssen Politik für ein geeintes Land machen, bei dem die Interessen von Stadt und Land nicht gegeneinander ausgespielt, sondern miteinander gebündelt werden. Der Auftrag aus dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Land zu schaffen, ist dabei unsere Verpflichtung.

3. DAS FREIE SPIEL DER KRÄFTE VERHINDERT DEN FAIREN AUSGLEICH: WARUM POLITIK EINGREIFEN UND KORRIGIEREN MUSS.

Wir wissen, dass es mittlerweile eine starke Lobby in Wirtschaft und Wissenschaft sowie Politik und Verwaltung gegen die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gibt. Aus rein ökonomischer Perspektive scheint der Verzicht auf die gleichwertige Entwicklung aller Regionen in Niedersachsen naheliegend: Das freie Spiel der Marktkräfte wird beständig dafür sorgen, dass urbane Strukturen fortwährend profitieren.

Die Zentren unseres Landes können insbesondere in Zeiten des demografischen Wandels mehr Fachkräfte, mehr Infrastruktur und zugleich niedrigere Kosten bieten. In der Folge entsteht eine Dynamik, die den Wanderungstrend in die Zentren verstärkt. Daneben werden ländliche Räume zusätzlich belastet durch die nötige Versorgungsinfrastruktur bei Energie und überregionalem Verkehr sowie bei der industriellen Nahrungsmittelproduktion, die die Zentren versorgt.

Letztlich wäre es eine mögliche politische Rezeptur, diesen tiefgreifenden Strukturwandel zwischen Stadt und Land als bloße Beobachterin zu verfolgen. Dabei würde sie lediglich Stärken weiter fördern und zum Teil schmerzhaftes Schrumpfungsprozesse mildernd durch symbolisches Handeln begleiten. Ländlichen Räumen wird dabei mehr und mehr ein bloß ökonomischer Funktionszweck zugewiesen, der allein den Zentren nutzt. Allerdings muss dieser Politikansatz für die Sozialdemokratie inakzeptabel sein: Wer gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen will, muss Politik als Korrektiv verstehen und die eigenen Maßnahmen als

Veränderung und Umkehr von rein kapitalistischen Prozessen anlegen.

Angesichts der großen Herausforderungen der kommenden Jahre hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung die strukturellen Rahmenbedingungen in den Regionen des Landes analysiert und die unterschiedlichen regionalen Anforderungen aufgegriffen. Mit vier regionalen Handlungsstrategien werden künftig EU-Förderprogramme wesentlich zielgenauer und mit maximalem Nutzen für die unterschiedlichen Landesteile eingesetzt. Nachhaltigkeit und gleichwertige Chancen für die verschiedenen Regionen unseres Landes haben dabei für die niedersächsische Landesregierung und die SPD Priorität.

4. ZENTREN UND UMLAND GEHÖREN ZUSAMMEN: POLITIK FÜR DIE LEBENSREALITÄT MACHEN.

Die Lebensrealität vieler Menschen basiert auf einer simplen Abwägung: Sie leben dort, wo es gute Arbeit gibt – und dort wo für sie und Familien Bildung, Betreuung, Pflege und vieles mehr verfügbar sind. Solange diese Ansprüche an einem Ort oder durch Pendeln zwischen Stadt und Land erfüllt werden können, wählen gerade junge Familien bevorzugt den ländlichen Raum als Lebensort.

Die vielen Neubaugebiete der vergangenen Jahre sind Zeugnis dieses Prozesses. Wenn aber das Angebot in ländlichen Räumen sinkt, kommt der Wettbewerbsvorteil urbaner Regionen unüberwindlich zum Tragen. Dieser Trend ist in der Vergangenheit politisch nachhaltig durch den zumeist in Städten geförderten Wohnungsbau gestützt worden. In der Folge erleben wir vielerorts Leerstände in ländlichen Räumen, während in den Städten bezahlbarer Wohnraum knapp wird – zusätzlich nimmt dort die soziale Spaltung durch Gentrifizierung zu. Ökonomische und soziale Gegensätze zwischen Stadt und Land sind das Ergebnis.

Die regionale Konkurrenz zwischen Stadt und Land ist auch durch deren Strukturen als Gebietskörperschaften systembedingt:

Kommunen sind in der Regel so geschnitten, dass sie zumeist vollständig rein städtische oder ländliche Profile bilden. Diese Gebietskörperschaften gestalten ihre politische Willensbildung interessengeleitet nach dem reinen Konkurrenzprinzip. Zugleich greifen landes- und bundespolitische Ausgleichsinstrumente nicht hinreichend. Deshalb kommt es darauf an, eine gemeinsame Politik für Niedersachsens Regionen zu gestalten – außerhalb von festen Gebietsstrukturen und eben entlang der Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung.

Zahlreiche Handlungsoptionen haben das Einkaufsverhalten der Bevölkerung und die klassische Rollenverteilung im ländlichen Raum über die letzten Jahrzehnte stark verändert und können zu einer flächendeckenden Versorgung in allen Bereichen führen: Vom Bringdienst vor Ort, der Bestellung im Internet durch die Leistungserweiterung regionaler Versorger, Wochenmärkte, fahrende Händler, Gründung von „Dorfläden“, Nachbarschaftshilfen. Über die Vernetzung mit Existenzgründerinnen und -gründern im ländlichen Raum können sich solche Einkaufsangebote zu alternativen Dorfkernzonen entwickeln.

Entscheidend sind dabei die Mobilitätsachsen: Dort, wo Menschen entlang pendeln, müssen Angebote organisiert werden, die attraktiv sind. Deshalb gilt: Gerade in ländlichen Strukturen müssen Bildungs-, Betreuungs- und Pflegeangebote qualitativ besser werden – insbesondere hinsichtlich des Angebots, der Öffnungszeiten und der Kosten. Aber es geht auch um attraktivere Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Ein solcher Strukturwandel muss nicht nur politisch gewollt sein, sondern auch praktisch gefördert werden.

Im Mittelpunkt unserer Anstrengung steht ein Versprechen: Gleiche Bildungschancen für alle Kinder! Deshalb kommt es gerade im ländlichen Raum darauf an, dafür zu sorgen, dass der Zugang zu Bildungsangeboten nicht vom Einkommen, vor allem aber eben auch nicht vom Wohnort abhängt. Ein entsprechender Gesetzentwurf der sozialdemokratische Kultusministerin, der aktuell in der Anhörung ist, bietet dazu

beste Voraussetzungen. Er beendet die Ungleichbehandlung der Schulformen und ist ein Schritt zu gerechteren Bildungschancen und mehr Bildungsteilhabe in Niedersachsen.

Folgende politische Maßnahmen sind dabei besonders wichtig:

- Unser Ziel muss es sein, flächendeckend Bildungseinrichtungen zu erhalten und qualitativ auszubauen. Dies betrifft den frühkindlichen Bereich bei Krippen und Kindergärten, Grundschulen, aber auch weiterführende allgemein- und berufsbildende Schulen. Zu den Bildungseinrichtungen gehören aber auch Bibliotheken und Kulturinstitutionen. Darüber muss regional entschieden werden, damit in jeder Region alle Bildungswege offen stehen, die junge Menschen heute brauchen.
- Wer in ländlichen Räumen lebt, pendelt häufig zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Entscheidend ist deshalb eine flächendeckend ausgebaute Kinderbetreuung mit langen Öffnungszeiten in Krippen und Kindergärten – darauf müssen sich Familien in ländlichen Räumen verlassen können. In Zukunft müssen wir die Betreuungsqualität weiter stärken und noch mehr Angebote schaffen, um Beruf und Familie vereinbarer zu machen.
- Durch regionale und landesweite Raumordnungspolitik muss die Entwicklung von Dörfern und Dorfgemeinschaften künftig geradezu ermöglicht werden - und nicht wie bisher von CDU und FDP verhindert. Diese Rahmenbedingung ist elementar für eine intelligente, an regionale spezifizierte Entwicklung von Ortschaften in ihrer jeweiligen Region.
- Auch und gerade in ländlichen Räumen sind vielerorts kleine und mittlere Unternehmen als „Hidden Champions“ positioniert, die nicht nur regional, sondern sogar international tätig sind. Diese Unternehmen können vielfach ein Nukleus für weitere Entwicklung sein – entscheidend ist dabei die Anbindung an einen der wichtigsten Infrastruktur-Punkte unserer Zeit: Schnelles Internet. Der Breitbandausbau muss gerade

im ländlichen Raum mit staatlicher Unterstützung massiv vorangetrieben werden. Die Zwischenziele sind dabei mindestens 30 MBit/s flächendeckend bis 2020 (Ziel EU) bzw. 50 MBit/s flächendeckend bis 2018 (Ziel Bundesregierung). Letztlich muss eines erkannt werden: Die Digitalisierung ist eine erhebliche Chance für Wirtschaft und Gesellschaft gerade im ländlichen Raum, weil vorhandene räumliche Entfernungen so maximal wettgemacht werden können. Zudem können bestehende Dienstleistungen wesentlich effizienter erbracht werden, in der Folge entstehen durch Vernetzung von intelligenten Systemen „Smart Regions“.

- Für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen kommt es gerade darauf an, regionale Wertschöpfungsketten strategisch zu planen und durch entsprechende Förderprogramme zu unterstützen. Dabei ist die Begleitung und Vernetzung von Existenzgründerinnen und -gründern besonders zu berücksichtigen – beispielhaft sind dafür die Unterstützung von „Coworking Spaces“ und „Maker Treffs“ (Gemeinschaftsbüros und -werkstätten).

- Es wird eine Wohnungsbauförderprogramm speziell für den ländlichen Raum benötigt, das An-, Um- und Neubauten für generationsübergreifendes und/oder barrierefreies Wohnen fördert. Auch der Bestandswohnungsbau sollte durch eine landesweite Verbreitung des Programms „Jung kauft alt“ gefördert werden.

- Mit veränderten Ansprüchen an Wohnen auf dem Land müssen dafür die erforderlichen Dienstleistungen bereitstehen. Leitbild für die Entwicklung ländlicher Räume ist der inklusive Sozialraum. Er berücksichtigt die Möglichkeiten des barrierefreien, selbstbestimmten Wohnens durch Zugänglichkeit zu allen notwendigen Infrastrukturen und Unterstützungsleistungen im passgenauen Zuschnitt jeder ländlichen Kommune. Dabei sind bisherige Angebote und künftig benötigte Strukturen so zu bündeln, dass sie einfach zu nutzen und für die Betroffenen aus einer Hand geleistet werden. Dazu sind bspw. bereits vorhandene Projekte der Wohnungsbaugenossenschaften für den ländlichen Raum zu fördern und weiter zu

entwickeln, z.B. kombinierte Wohn- und Pflegeeinrichtungen, Dorfgemeinschaftshäuser und inklusive Wohnprojekte – hierzu müssen jeweils vor Ort passende Strukturen entwickelt werden.

■ Neben Wohngebieten mit einheitlicher Baustruktur sollte für andere ausgewiesene Bereiche die starre Reglementierung an Äußerlichkeiten und Rahmenbedingungen für Neubauten aufgehoben werden, um neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

5. WOHNEN HIER, ARBEITEN DORT UND VIELES DAZWISCHEN: MOBILITÄT ALS ENTSCHIEDENDER FAKTOR.

Der entscheidende Faktor für eine ausbalancierte Entwicklung in Niedersachsen ist die Gewährleistung von Mobilität innerhalb der Regionen. Heute ist Verkehrspolitik insbesondere auf der Finanzierungsseite auf zwei absolute Dimensionen konzentriert: Den innerstädtischen Nahverkehr und den überregionalen Fernverkehr. Prioritär gefördert werden durchsatzstarke innerstädtische Verkehrssysteme und überregionale Großinfrastruktur. Dazwischen verkommen die Verkehrssysteme innerhalb der Regionen. Dies äußert sich z.B. am massiven Sanierungsstau bei den niedersächsischen Landesstraßen, die der Ordnung nach zwischen den kommunalen und den Bundesstraßen liegen.

In besonderer Weise zeigt sich dieser Trend auch beim ÖPNV: Kreisübergreifende vernetzte Verkehre sind in der Regel auf regionaler Ebene kaum oder nur schlecht vorhanden. Stattdessen ist die große Mehrheit der Menschen letztlich auf den Auto-basierten Individualverkehr angewiesen. Das ist nicht nur klima- und energiepolitisch fatal, sondern sozial und ökonomisch kurzsichtig. Letztlich bleibt nur mobil, wer es sich leisten kann. Und für die Gesamtgesellschaft ist es ohnehin teuer.

Als Beispiel kann der zweite Ring der Landkreise rund um die Region Hannover gelten: Hier gelingt es seit Jahren nicht, den gemeinsamen ÖPNV zumindest tariflich zu vernetzen. Stattdessen endet ÖPNV-Politik an den Landkreis- und damit an den Grenzen

der kommunal geltenden Nahverkehrspläne. Und durch das Land ist diese Entwicklung zusätzlich verschärft worden, indem statt regionaler Lösungen nur ein landesweites Ticketangebot gefördert wird. Diese Politik setzt sich aktuell bei dem Programm zu Reaktivierung von Bahnstrecken fort, indem regionalstrukturelle und -politische Bewertungen völlig außen vor bleiben.

Politik für ländliche Räume bedeutet heute aber zuvorderst, Mobilität für alle zu gewährleisten – bevorzugt als Verbindung zwischen ländlichen Räumen und den Zentren. Knappe Einkünfte machen aus wirtschaftlichen Gründen, das zunehmende Alter aus gesundheitlichen Gründen die Mobilität im Individualverkehr unmöglich. Ein kostengünstiger und barrierefreier ÖPNV ist nötig, dessen Taktung deutlich gesteigert werden muss. Deshalb kommt es darauf an, die Förder- und Finanzierungskulisse so zu verändern, dass zuerst stabile und verlässliche ÖPNV-Strukturen in der Fläche gewährleistet und mit den zumeist stark ausgebauten Strukturen der Zentren vernetzt werden. In den letzten Jahren wurden dabei besonders Bürgerbusse und intermodale Verkehre gefördert – sie können vielerorts auch nützliche Ergänzungen sein. Aber beileibe ist dies nicht die Lösung – im Kern geht es um sichere und barrierefreie Mobilität in der Fläche für alle; entsprechend muss auch die Finanzierungskulisse umgestaltet werden.

Folgende politische Maßnahmen sind dabei besonders wichtig:

■ Der ÖPNV muss mehr als Vernetzungsinstrument zwischen Oberzentren und ländlichen Räumen ausgestaltet werden, damit beide voneinander profitieren statt zu konkurrieren. Bisher lag das Hauptaugenmerk auf den Verkehrsbeziehungen innerhalb des Landkreises als Aufgabenträger. Entscheidend ist aber, Regionen miteinander zu vernetzen. Dazu gehört für uns beispielsweise der konsequente Ausbau des Großraumverkehrs Hannover (GVH) in einem zweiten Ring in den die Region Hannover umfassenden Landkreisen, in dem neben dem SPNV auch der straßengebundene ÖPNV vollum-

fänglich erfasst wird. Eine ähnliche Konzeption soll in der Metropolregion Hamburg mit dem HVV durchgesetzt werden.

- Da Aufgabenträger und Konzessionsnehmer grundsätzlich nicht identisch sind, fehlt den Kreisen mangels Informationen und finanzieller Ressourcen vielfach die Möglichkeit, gestaltend auf den ÖPNV Einfluss zu nehmen. Hier ist ein transparentes Auskunftsrecht für die Aufgabenträger dringend erforderlich, um flexibel auf veränderte Nachfragen reagieren zu können. Betriebswirtschaftlich problematisch sind auch die Konzessionsgrenzen, für die die Kreisgrenzen maßgebend sind. Dies erzeugt unwirtschaftliche Teilstrecken, die bedient werden müssen. Konzessionen mit Bezug auf das Verkehrsaufkommen – d.h. Linienbündelung – würde hingegen die Rentabilität fördern.

- Hierzu gehören auch die Vertaktung und Vernetzung aller Verkehrsträger, insbesondere von Buslinien und SPNV. Dies gilt auch für die Tarifeinheit beim Wechsel des Transportmittels. Jedes Verkehrsunternehmen, das Konzessionen erhält, sollte dazu verpflichtet werden.

- Die den ÖPNV tragenden Finanzsäulen der kommunalen Schülerbeförderung, die Kostenerstattung für Schwerhinderte (§45a PbefG), die Regionalisierungsmittel und die Entflechtungsmittel machen allein über 80% des Finanzierungsbedarfs aus. Sie müssen verstetigt werden, um die finanzielle Basis des ÖPNVs zu sichern.

- Über eine mittelfristige Subventionierung von (Monats-)Fahrkarten hinaus muss langfristig der ÖPNV kostenlos nutzbar sein, so z.B. durch einen fahrscheinlosen ÖPNV. Denn Fahrpreisentgelte sind letztlich zum großen Teil Einnahmen „on top“. Es ist daher anzunehmen, dass Absenkungen der Fahrpreise und Änderungen von Streckentarifen in Flächentarife ein deutlich höheres Fahrgastaufkommen bewirken und dadurch die Mindereinnahmen der Einzelpreise kompensieren würden.

- Die verkehrliche Anbindung an Zentren zum Besuch von kulturellen Höhepunkten muss vorhanden, bequem nutzbar und bezahlbar sein.

- Eine Absenkung der Hürden für die Einführung von Individualverkehren ist nötig, so z.B. der Verzicht auf europaweite Ausschreibung von Bürgerbuslinien.

- Außerdem sind alternative Mobilitätskonzepte zu entwickeln und bereitzustellen (Fahrradboxen, Carsharing, E-Bikesharing, Mitfahrvermittlungen u.v.m., alles dies organisiert durch regionale Mobilitätszentralen).

6. DAS FUNDAMENT, AUF DEM ALLES STEHT: SOZIALE DASEINSVORSORGE DURCH UM- UND AUSBAU ERHALTEN.

Der Druck ökonomischer Interessen hat insbesondere in ländlichen Räumen Angebote verschwinden lassen: Durch den Bevölkerungsrückgang geht zuerst der Briefkasten und die Post im Dorf verloren, danach folgen die Einkaufsmöglichkeiten wie Dorfläden, später dann Ärzte und zuletzt die Gasthäuser – und aufgrund der demografischen Entwicklung verschlechtert sich zugleich die Einnahmesituation von Kommunen, wodurch kommunale Angebote bei Bildung, Betreuung, Kultur und Freizeit Spar- und Streichauflagen unterworfen werden. Die Folge ist sinkende Lebensqualität und somit sinkende Attraktivität, was den Abwanderungstrend zusätzlich verstärkt. Der landespolitische Rahmen ist hierbei entscheidend: Die Kommunen sind staatsrechtlich Teil der Länder und werden maßgeblich durch diese finanziert und rechtlich gebunden – aber dieser Rahmen ist bisher so ausgestaltet, dass diese Entwicklung nicht etwa umgekehrt oder zumindest verlangsamt, sondern im Gegenteil teilweise sogar verstärkt wird.

Die Gegenstrategie muss deshalb zwingend der Um- und Ausbau von Strukturen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen sein: Es geht darum, in Infrastrukturen in den klassischen Feldern von Verkehrs-, Energie- und heute insbesondere der Breitbandversorgung zu investieren und bestehende Angebotsunterschiede zwischen Stadt und Land auszugleichen. Die Förderpraxis muss sich monetär sogar ausschließlich an ländliche Regionen wenden, da in urbanen Zen-

tren diese Angebote auch wettbewerblich gewährleistet werden können.

Viel wichtiger ist aber die soziale Daseinsvorsorge: Auf Investitionen in ein Netz von Bildung, Betreuung und Pflege kommt es an. Wir verstehen ländliche Räume auch im Sinne des Prinzips inklusiver Sozialräume, in denen Menschen soziale Dienstleistungen wohnortnah zur Verfügung stehen müssen. Dabei darf die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft sich in der Umsetzung eben nicht nur auf die Städte konzentrieren, sondern sie gehört ganz originär in die ländlichen Räume – sie können dabei Vorreiterinnen sein und müssen die Inklusion aufgrund des demografischen Wandels als besondere Chance verstehen. Menschen mit Beeinträchtigungen einzubinden, ist für ländliche Räume eben nicht nur wert-, sondern auch wirtschaftspolitisch geboten: In Zeiten des Arbeitskräftemangels sind inklusive Arbeitsformen nicht nur ein sozialdemokratisches Projekt, sondern ökonomische Notwendigkeit – gerade in ländlichen Räumen.

Insbesondere die medizinische Versorgung im ländlichen Raum steht vor großen Herausforderungen. Diese sind bereits jetzt teilweise sichtbar: Fachärzte verschwinden aus kleineren Orten und sind nur noch in der Kreisstadt verfügbar. Es wird schwieriger, Nachfolger für ausscheidende Hausärzte zu finden. Auch die Krankenhäuser in ländlichen Räumen haben Probleme, qualifizierte Ärzte anzuwerben. Für die Patienten bedeutet das weitere Wege. Gerade ältere Menschen sind dabei auf den ÖPNV angewiesen, der im ländlichen Raum häufig Defizite aufweist. In der Pflege ist der Fachkräftemangel bereits Realität: Ambulante und stationäre Pflegedienste erhalten auf offene Stellen keine geeigneten Bewerbungen und können den Bedarf an Pflegeleistungen nicht mehr erfüllen.

Folgende politische Maßnahmen sind dabei besonders wichtig:

- Forschungsprojekte sollen gemeinsam mit Betroffenen mit Betroffenen im ländlichen Raum gezielt Kriterien entwickeln, die

Voraussetzung für eine Restrukturierung der notwendigen Infrastruktur sind und damit die Attraktivität der ländlichen Wohngebiete steigern.

- Vor Ort werden Bürgerbeteiligungsprojekte (Dorfkonferenzen) unterstützt, die systematisch in ländlichen Räumen durchgeführt werden. Zudem erhalten bisherige kommunale Gremien Beratung um BürgerInnen miteinzubeziehen, die bisher nicht für ihre Interessen eingetreten sind oder aufgrund von Handicaps an der politischen Teilhabe ausgegrenzt waren. Dabei ist es wichtig, dass strukturelle Entwicklungen entlang von gemeinsamen Interessen – „von unten“ – entwickelt werden, beispielgebend ist dafür die Idee des „Community Organizing“. (Ich kenne diesen Begriff nicht – er sollte erklärt werden!) Diese sollen Kommunenübergreifend im Schneeballsystem weitergegeben und bearbeitet werden.

- Es wird ein Programm „Soziales Land“ aufgelegt: Darin unterstützen Bund und Land ab 2016 die Weiterentwicklung und den Erhalt ländlicher Lebensräume. Dabei stehen im Fokus die Stabilisierung und Aufwertung von Gemeinden und -verbänden, die infrastrukturell, baulich wirtschaftlich und sozial benachteiligt sowie strukturschwach sind. Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens in Verbindung mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen sorgen hierbei für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit in ländlichen Quartieren und verbessern die Chancen auf Teilhabe und Integration. Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die soziale Daseinsvorsorge zu sichern. Das Programm wird im Rahmen der ländlichen Infrastrukturförderung als Leitprogramm der sozialen Integration eingeführt und soll die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie „Soziales Land“ bilden.

- Das Konzept des barrierefreien, inklusiven Wohnens ist mit inklusiven Arbeitsplatzangeboten zu verbinden. Klein- und Mittelunternehmen (KMU) müssen vor Ort beraten werden, um Bündnisse und Kooperationen für inklusive Arbeitsplätze und

-umgebungen schließen zu können.

- Mobile Dienste sind auch über den Pflegebereich hinaus zu entwickeln: Verwaltungsdienstleistungen kommen zu den Bürgerinnen („Rollendes Rathaus“), mehr Außendienstmitarbeiterinnen von Sparkassen und Banken, Fahrdienste und Einkaufsdienste werden gefördert.

- Die Landesregierung muss Kommunen bei der Umgestaltung der Quartiere in inklusive Sozialräume unterstützen, vor allem durch die Initiierung von Bundesgesetzen und durch Landespolitik, die den Rahmen setzen und Ressourcen sichern. Dazu muss sie die regionale Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger einschließlich der Träger der Sozialhilfe neu regeln, zum Beispiel über die verpflichtende Bildung von regionalen Arbeitsgemeinschaften der Rehabilitationsträger. Sie sollen vor allem gemeinsame Regeln zur Bedarfsfeststellung und zur Prävention von Hilfebedürftigkeit schaffen. Wichtig sind regional bedarfsgerechte Versorgungsangebote. Der Zugang durch die Erstberatung muss gesichert und gesteuert werden.

- Die Kommunen sind die „Hauptverantwortlichen“, die sich dem Umbau des Wohn- und Lebensumfelds der Menschen verpflichten und inklusive Sozialräume schaffen müssen. Auch hier ist Beteiligung der Betroffenen das A und O. Dafür bieten sich kommunale Aktionspläne an, die als Querschnittsaufgabe zu begreifen sind. Zu nennen sind Sozial-, Verkehrs- und Bildungsplanung sowie Daseinsvorsorge. Voraussetzungen sind aussagefähige Sozialdaten und eine integrierte Sozialberichterstattung.

- Die Kommunen in Niedersachsen sollten ermuntert werden, sich an guten Beispielen und vorhandenen Modellen zur Umgestaltung kommunaler Räume und Sozialberatung zu orientieren. So stützt sich der „kommunale Index für Inklusion“ auf Fragenkataloge, die den Dialog anregen, alle Interessengruppen aktiv einbeziehen und Potenziale für Verbesserung von örtlichen Strukturen aufzeigen.

- Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und Pflege müssen besser als zuvor zusammenarbeiten und ihre Angebote auf-

einander abstimmen. Dafür müssen auch im ländlichen Raum Krankenhäuser für die Grundversorgung sowie haus- und fachärztliche Angebote erhalten bleiben. Dazu gehören auch Mobilitätskonzepte, die Menschen in unterversorgten Regionen den hausärztlichen Besuch ermöglichen sollen, z.B. Abstimmung der ÖPNV-Fahrpläne auf Arztstühle.

- Zudem geht es darum flächendeckende Gesundheitsregionen in allen Landkreisen zu entwickeln, in denen alle Akteure des regionalen Gesundheitswesens zusammenkommen und die Versorgung miteinander abstimmen. Wichtig ist die Zusammenführung von ärztlichen Leistungen in Medizinischen Versorgungszentren an Krankenhausstandorten sowie die strukturierte Anwerbung von jungen ÄrztInnen durch die Kreise.

- Gerade an der Schnittstelle zur Pflege sind Modelle zur Verlagerung nichtärztlicher Tätigkeit auf nichtärztliches Fachpersonal, z.B. Medizinische Fachangestellte oder ambulante Pflegedienste, wichtig. Hinzu muss die Einführung eines Flächenfaktors in der Pflege kommen, um weitere Wege im ländlichen Raum auszugleichen. Die bessere Verzahnung von ärztlichen Bereitschaftsdienst und Rettungsdienst ist ebenso wichtig.

- Elementar für dörfliches Leben sind Dorfgemeinschaftshäuser und vergleichbare Veranstaltungs- und Begegnungsräume. Sie benötigen als Kulturbühnen und soziokulturelle Treffpunkte eine stärkere finanzielle Unterstützung. Denn sie bieten darüber hinaus als Begegnungsorte einen räumlichen und organisatorischen Rahmen für die integrierte.

- Während die Kinder- und Jugendlichen in Ballungszentren Jugendräume und -zentren einfach erreichen können, bilden sich im ländlichen Raum häufig informelle Treffpunkte in der öffentlichen bzw. naturnahen Umgebung. Dies verlangt ein völlig neues Verständnis von Jugendarbeit, die vor allem aufsuchend sein muss. Die klassische Trennung zwischen Jugendhilfe und -pflege verschwindet dabei. Dies verursacht einen höheren Personalaufwand für die betroffe-

nen Kommunen. Deshalb sollten finanzielle Ausgleiche für den höheren Aufwand geprüft werden.

■ Vereine und Verbände sind der Kitt in unserer Gesellschaft und tragen maßgeblich einen hohen Anteil an sozialer Integration und Sozialisation bei, von der AWO bis zum Zirkeltraining. Hier sollte wesentlich mehr Einsatz von Ressourcen stattfinden, weil gerade durch das Ehrenamt in Sport, Kultur, Bildung und Traditionspflege Integrations- und Inklusionsarbeit geleistet wird.

7. FAIR STATT IMMER MEHR: EINE GEGENSTRATEGIE ZUR INDUSTRIELLEN LANDWIRTSCHAFT.

Ländliche Räume sind in ihrer Entwicklung seit jeher wesentlich durch die Landwirtschaft bestimmt. Und diese hat sich erheblich verändert: Die bäuerlich geprägte Familienwirtschaft ist vielerorts kaum mehr möglich, stattdessen führt der Marktdruck zu Konzernorientierung und industrieller Massenproduktion. Niedersachsen ist „Agrarland Nr. 1“ mit einer erheblichen Wertschöpfung im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und -veredelung und landwirtschaftlich erzeugter Energie. Der Preis dafür ist der schleichende Verlust des wesentlichen Attraktivitätsmerkmals ländlicher Räume: Intakte Natur und eine sorgsam gepflegte Kulturlandschaft. Die Entwicklung zu immer weniger, dafür aber immer größeren Produktionseinheiten hat dabei zur konzentrierten Intensivtierhaltung geführt – und zu einer nachfolgenden Veredelungs- und Schlachtwirtschaft, in der Menschen vielerorts unwürdig und zu geringsten Löhnen arbeiten müssen.

Deshalb kommt es darauf an, eine Gegenstrategie zu entwickeln, die dazu führt, dass moderne Landwirtschaft und ländliche Räume sich wieder miteinander versöhnen. Wichtiger Faktor dabei ist vor allem die Förderkulisse: Es muss darum gehen, regionale Produktions- und Vermarktungsketten zu unterstützen sowie Landwirtschaft und Tourismus stärker zu vernetzen. Entscheidend ist, dass der Wandlungsdruck des internationalen Marktes nicht noch politisch

unterstützt wird. Im Gegenteil: Es muss darum gehen, politisch für eine ökonomische Situation zu sorgen, die bäuerliche Landwirtschaft wieder möglich macht und familiär geführten Betrieben eine qualitative Spezialisierung ermöglicht.

Folgende politische Maßnahmen sind dabei besonders wichtig:

■ Moderne Landwirtschaft – ob nun konventionell oder ökologisch orientiert – funktioniert vor allem anhand eines wirtschaftlichen Kreislaufs: Indem Neben- und Abfallprodukte aus der Pflanzen- und Fleischproduktion z.B. für die Futter- oder Energieerzeugung sowie Düngung genutzt werden. Dieses Kreislaufmodell ist die Grundlage für moderne bäuerliche Familienbetriebe und bedarf einer kontinuierlichen Förderung. Allerdings muss diese Förderung eines ausschließen: Dass sich bäuerliche Betriebe zu industriellen Monoproduktionen entwickeln und bäuerliche Vielfalt aus dem Markt verdrängen. Hierfür sind vor allem Korrekturen der europäischen Landwirtschaftspolitik nötig. Nur faire und damit existenzsichernde Preise für landwirtschaftliche Produkte ermöglichen der Landwirtschaft eine selbstbestimmte und zukunftsfähige Ausrichtung ihrer Betriebe.

■ Entscheidend für eine dauerhafte Balance zwischen Ansprüchen an eine wirtschaftlich tragfähige Landwirtschaft in einer lebenswerten Kulturlandschaft ist das Prinzip der Flächenbindung: Ein Betrieb der Nahrung oder Energie produziert, muss auch über die dafür nötigen Flächen verfügen. Nur durch diese Konsequenz wird weiterer Spekulation mit landwirtschaftlichen Produktionsflächen vorgebeugt und die zunehmende Flächenversiegelung gestoppt.

■ Eine enorme Chance für bäuerliche Betriebe sind regionale Verkaufsketten – sie fördern regionale Wertschöpfung und sichern Vertrauen und Transparenz bei den VerbraucherInnen. Entsprechende Vermarktungsmodelle müssen stärker als bisher gefördert werden, so z.B. durch gemeinschaftliche bzw. genossenschaftliche Einzelhandelsformen wie Dorf- und Hofläden.

- Die meisten bäuerlichen Betriebe leisten einen unabdingbaren Beitrag zur Pflege und Sicherung unserer heimischen Kulturlandschaft: von der Alleinpflge über Blühstreifenprogramme bis zur Moorpflge. Alle Maßnahmen, die neben der originären Landwirtschaft im Umwelt-Interesse liegen, müssen so gefördert werden, dass sie auch wirtschaftlich attraktiv sind und neben der eigentlichen Produktion verwirklicht werden können.
- Gerade in der Land-, Nahrungs- und Veredelungswirtschaft muss das Prinzip Guter Arbeit durchgesetzt werden, dies gilt insbesondere bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Hierbei muss das Land die eigene Steuerungsaufgabe konsequent wahrnehmen.

8. NEUE UND ALTE LANDBÜRGER: EINE NEUE WILLKOMMENSKULTUR FÜR UNSERE DÖRFER.

Auf dem Dorf ticken die Uhren langsamer – von wegen: Nicht nur Städte sind dem stetigen Wandel unterworfen, sondern Dörfer ebenso, in Niedersachsen allemal. Gerade die ländlichen Räume unseres Landes mit ihren Dorfgemeinschaften haben über Jahrzehnte konkret vorgemacht, wie Bevölkerungswandel funktionieren kann. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges haben rund 1,8 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen ihre Heimat gefunden – seinerzeit rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Trotz anfangs zum Teil widriger Umstände sind diese Menschen heute fest verwachsen in unserem Land. Später kamen Gastarbeiter, Spätaussiedler, zur deutschen Einheit viele aus den neuen Bundesländern, heute aus allen Teilen der Welt.

Niedersachsen ist nicht nur zusammengefügt aus vielen Regionen, es ist auch ein Land mit vielen verschiedenen Bevölkerungsgruppen – und gleichsam ein Einwanderungsland erster Güte. Diese Willkommenskultur gehört zu unseren Grundeigenschaften – es gilt heute, sie auch politisch durchzusetzen. Und sie muss zum Markenkern ländlicher Räume werden, weil sie eben enorme Chancen bietet: Die Ent-

wicklungsperspektive für Dörfer sind nicht etwa weitere Neubaugebiete am Rand, sondern die Verbindung von Zuwanderung einerseits und die Weiter- und Umnutzung intakten Wohnraums in Dorfkernen andererseits – beides muss miteinander verbunden werden. Zuwanderung ist nicht nur unabdingbar zur Bewältigung des demografischen Wandels und mithin ökonomisches Gebot – sie ist auch ein Angebot zur Revitalisierung dörflicher Strukturen.

Folgende politische Maßnahmen sind dabei besonders wichtig:

- Aktuell steigen die Flüchtlingsströme durch globale Krisenherde, so z.B. in Syrien, im Irak, im Sudan und in der Ukraine. Im Gegensatz zu den großstädtischen Ballungsräumen kann der ländliche Raum die Kapazitäten zur Verfügung stellen und ist somit für Niedersachsen eine Chance auf der Makro- (Entlastung der Städte) wie auch auf der Mikroebene (Revitalisierung der ländlichen Regionen). Die aktuellen Flüchtlingszahlen überstiegen bei weitem die Aufnahmekapazitäten der Länder. Dem entgegen steht der demografische Wandel mit der Abwanderung aus den ländlichen Gebieten. Gerade der ländliche Raum ermöglicht mit seinen überschaubaren Strukturen persönliche und soziale Beziehungen und Kontakte. Deshalb fordern wir eine angepasste Willkommenskultur und eine grundlegende Umstrukturierung des ländlichen Raums, um besser auf den Wandel in unserer Gesellschaft reagieren zu können. Weitere Chancen für den ländlichen Raum ergeben sich im städtebaulichen Wandel, der zukünftig die Bürger miteinbeziehen muss, damit z.B. leerstehende Quartiere der Situation vor Ort angepasst werden können.
- Um eine Willkommenskultur zu schaffen müssen auch die sozialen Bedingungen an die einzelnen Gebiete, Dörfer, Städte und Stadtteile individuell angepasst werden. Wir brauchen also nicht nur Strukturen, sondern Menschen, die sich engagieren. Deshalb machen wir uns für einen Ausbau der landesweiten Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe des Niedersächsi-

schen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie sowie den vermehrten Einsatz von IntegrationslotsInnen, SozialarbeiterInnen und DolmetscherInnen stark.

■ Dorfgemeinschaften können ihre ganz eigene Dynamik entwickeln. Um Projekte zukunftsfähig umzusetzen muss daher den Dorfgemeinschaften und Menschen in den ländlichen Quartieren auf Augenhöhe begegnet werden. In Form von verstärkter Bürgerbeteiligung werden Vorhaben auf diese Weise aktiv mitgestaltet. Dies führt im Idealfall zur Bildung von Bürgerinitiativen oder Interessenvereinen, die sich entsprechenden Projekten verschreiben und die offiziellen Stellen unterstützend begleiten. Positive Projekte bilden im nächsten Schritt den Grundstein für die Einbettung in landesweite Programme, so wie bspw. den Südniedersachsenplan.

9. BEIM GELD HÖRT DIE FREUNDSCHAFT AUF: DIE FÖRDER- UND FINANZPOLITIK VOM KOPF AUF DIE FÜSSE STELLEN.

Der Werkzeugkasten einer Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse beschränkt sich aktuell auf nur wenige Instrumente: Neben den Finanzausgleichsmechanismen wie dem Kommunalen Finanzausgleich dient insbesondere die Ausgestaltung der EU-Förderkulisse als Mittel der Wahl. Allerdings ist diese bisher so ausgestaltet, dass es nicht gelingt, regionale Disparitäten zu überwinden. Im Gegenteil: Die Förderpolitik der vergangenen 10 Jahre war nach dem Prinzip des Rechts des Stärkeren organisiert. Wer wettbewerbsfähige Netzwerke für großformatige Vorhaben und aufgrund eigener Stärke leicht eine Kofinanzierung sicherstellen konnte, hat in Niedersachsen den Zuschlag bei Fördermitteln erhalten.

So sind gerade die Regionen von der Vorgängerregierung mehr gefördert worden, die ohnehin schon mehr haben: die Starken wurden stärker, die Schwachen wurden schwächer. Auch die Finanzausgleichssystematik hat bisher nur reine Bevölkerungszahlen im Blick. Zwar ist der Flächenfaktor ein Instrument, das ländliche Räume begünstigt

– allerdings bleiben erwartbare demografische Entwicklungen nach wie vor völlig unberücksichtigt. Überdies werden sämtliche Raumfaktoren durch die Sozialkomponente letztlich wieder überkompensiert – sie ist die ausschlaggebende Variable neben der statischen Bevölkerungsmesszahl. Daneben konzentrieren sich Spezialförderungen wie z.B. im ÖPNV nahezu rein auf urbane Strukturen: Dort, wo bereits großdimensionierte Angebote vorhanden sind, wird nachhaltig und erheblich investiert, während der ÖPNV im ländlichen Raum kollabiert oder nur noch rudimentär über die Schülerbeförderung gewährleistet wird.

Durch die Förder- und Finanzpolitik wird der Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse völlig unzureichend abgebildet – es gilt also, diese Fachpolitiken in ihrer investiven Richtung vom Kopf auf die Füße zu stellen. In ländlichen Räumen muss die gleiche Infrastruktur in mehr Fläche bei geringerer Bevölkerungsdichte gewährleistet werden – entsprechend bedarf es auch einer Finanzierungskulisse für ländliche Räume, die diese höheren Kosten abbildet. Wiederrum gilt also: Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen der entscheidende Maßstab für den Umbau der kommunalen Finanzausstattung sein.

Folgende politische Maßnahmen sind dabei besonders wichtig:

■ Wer gestalten will, braucht keine Alimentationen, sondern vor allem eigene Steuer- und Finanzkraft, die auch in eigener Verantwortung erwirtschaftet wird. Deshalb fordern wir, bei der Reform der Gemeinschaftssteuern den Kommunen stärker einen konjunkturunabhängigen Anteil am Gesamtsteueraufkommen zur Verfügung zu stellen. Diese sollte verbunden sein mit einer konzertierten Aktion zum Abbau von Altschulden und Kassenkrediten. Daneben ist nach wie vor die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer auch Freiberufler erfassenden Gemeindefinanzsteuer erforderlich. Mit diesen Schritten wird die Grundlage für eine neue kommunale Wirtschaftspolitik gelegt.

■ Entscheidend für lebenswerte ländliche Räume ist eine öffentliche Infrastruktur bei Dienstleistungen und Daseinsvorsorge. Jedoch stehen seit Jahren Kommunen unter erheblichem Druck, weil bei sogenannten „freiwillig“ erbrachten Leistungen bei Konsolidierungsaufgaben zuallererst gekürzt wird. Diese Abwärtsspirale muss umgekehrt werden: Durch einen landesweit geltenden Katalog von Leistungen für lebenswerte Kommunen müssen diese bei der Haushaltssanktionierung ausgenommen werden. Dadurch würden vor allem Einrichtungen für Bildung und Kultur. Darüber hinaus könnte so das ehrenamtlichen Engagements in Vereinen und Verbänden unterstützt werden.

■ Bisher wird im kommunalen Finanzausgleich des Landes die Finanz- und Steuerkraft der Kommunen nur statisch betrachtet: Einwohnerzahl, Fläche und Soziallasten sind die Faktoren sind die derzeitigen Berechnungsgrößen. Wir fordern deshalb eine demografische Komponente im Finanzausgleich, mit der die mittelfristige Bevölkerungsentwicklung einer Gebietskörperschaft Eingang in die Berechnung des Finanzausgleichs findet. Damit würde absehbaren Einbußen präventiv durch Unterstützungsmittel begegnet, die für Investitionen in Dienstleistungen und Daseinsvorsorge genutzt werden können.

■ In ländlichen Räumen muss die gleiche Infrastruktur in mehr Fläche bei geringerer Bevölkerungsdichte gewährleistet werden. Dem entsprechend bedarf es auch einer Finanzierungskulisse für ländliche Räume, die diese höheren Kosten abbildet. Deshalb bekennen wir uns zum Flächenfaktor im kommunalen Finanzausgleich. Dieser ist für Kommunen in ländlichen Räumen elementar, insbesondere wenn es um die Gewährleistung von Mobilität geht. Nichtsdestotrotz muss auch dieser Faktor reformiert werden. Da sich vielerorts eine pauschale Verrechnung von Fläche und EinwohnerInnenzahl nicht eignet, um gerechte Verteilung sicherzustellen. Deshalb muss über einen Katalog von Leistungen (z.B. Länge der Kreisstraßen, Schülerbeförderungsrelationen etc.) bei den Kreisaufgaben der Flä-

chenfaktor aufgabenorientiert angewandt werden.

■ Es müssen stärker EU-Mittel dafür eingesetzt werden, Strukturen in ländlichen Räumen zu sichern und auszubauen, gerade im Bereich von Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur. Dabei muss sich ein Bewertungskriterium durchsetzen: Die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen. Daran muss sich nicht nur jede Förderentscheidung grundsätzlich orientieren, sondern sie muss auch politisch in den Entscheidungsstrukturen abgebildet werden.

10. WAS LÄNDLICHE RÄUME AUSMACHT: WIR HALTEN HIER ZUSAMMEN.

Warum also Politik für ländliche Räume machen? Lediglich als Erfüllung eines Verfassungsgebotes, als gleichsam ordnungspolitische Rechtstreue? Nein, weil es um Menschen und um deren Zukunft geht. Und weil dörfliche Gemeinschaften noch immer etwas mehr von dem bieten, was der Kitt unserer Gesellschaft ist: Zusammenhalt.

Nicht anonym bleiben, sondern sich für andere einsetzen – das ist ein Lebensprinzip, das im ländlichen Raum in besonderer Weise gilt. Für Familien bedeutet das Leben auf dem Land Sicherheit und gerade für Kinder ein behüteteres Aufwachsen. Das Landleben der Zukunft ist für uns nicht etwa ein elitärer Lifestyle nur für die, die es sich leisten können und wollen, sondern ein Lebensmodell für alle, die Freiheit und Solidarität sowie Natur- und Umweltbewusstsein gleichermaßen schätzen. Unsere politische Aufgabe ist es, dass Menschen auch künftig die Freiheit haben, dieses Lebensmodell wählen zu können – indem wir dafür heute nachhaltig die Grundlagen schaffen. Dieser Verantwortung wird sich die SPD stellen.

KONTAKT:

Arbeitsgruppe

„Aktionsprogramm für Ländliche Räume“ der SPD-Bezirke Hannover und Nord-Niedersachsen

www.spd-bezirk-hannover.de

www.spd-nord-niedersachsen.de